



24.11. 2003
46/2003

Mitglied der Europäischen Union
der Unabhängigen Gewerkschaften(CESI)

Herausgeber: DPoIG-Bundesleitung

Friedrichstraße 169/170
10117 Berlin
Telefon (030) 47 37 81 23
Telefax (030) 47 37 81 25

dpolg@dbb.de

www.dpolg.de

V.i.S.d.P.: Elisabeth Reiher

Innenministerkonferenz blockiert Terrorbekämpfung in Deutschland Politik lässt Polizei wieder einmal im Regen stehen

Die geplante **Einführung eines Polizei-Digitalfunks ist wieder auf die lange Bank geschoben worden**. Auf der Innenministerkonferenz konnten sich die Landesinnenminister und der Bund wieder nicht auf eine Finanzierung einigen. Die DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT (DPoIG), die seit Jahren Druck macht, ist enttäuscht und empört.

In Berlin erklärte **DPoIG-Bundesvorsitzender Wolfgang Speck**: „Die Diskussionen in der Innenministerkonferenz sind eine schwere Hypothek für die Polizei in Deutschland. Auf dem Höhepunkt terroristischer Bedrohung überall auf der Welt werden die Sicherheitsorgane in Deutschland mit hanebüchenen Beiträgen deutscher Politiker blockiert. Das wichtigste Instrument der Polizei in Deutschland, nämlich ihr Funksystem, wird Schritt für Schritt lahm gelegt, das ist eine Schande, die weltweit kein weiteres Beispiel hat!

Spätestens bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 hat Deutschland ein unverantwortliches Sicherheitsdefizit, das es eigentlich nicht erlaubt, Gäste aus aller Welt in unser Land einzuladen. Das jahrelange Zögern der Politik kommt den Steuerzahler wieder einmal teuer zu stehen, denn das veraltete Funknetz zu unterhalten, ist viel teurer als die schrittweise Einführung des neuen Systems.

Der Bundeskanzler ist jetzt gefordert, endlich ein erlösendes Machtwort zu sprechen und die Finanzierung zu klären. Wir haben längst hierzu Vorschläge gemacht, die für alle Beteiligten in Bund und Ländern akzeptabel sein müssten. Stattdessen wird diese wichtige Frage der Inneren Sicherheit auf dem Niveau eines Basarhandels diskutiert.

Funktechnisch gesehen sind Deutschland und Albanien auf dem gleichen Stand, alle anderen Länder in Europa sind längst weiter in der Entwicklung.“